

Ulrich Dovermann  
Bonn im Mai 2007

**Studien zu rechtsextremen Einstellungen**  
**Ein Kommentar aus Sicht der Praxis**

Gehalten am 09. Mai 2007 in der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

*Der Vortrag bezieht sich vorrangig auf:*

*Oliver Decker und Elmar Brähler unter Mitarbeit von Norman Geißler:*

*Vom Rand zur Mitte, Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*

*Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2006*

*Zitate auch aus:*

*Michael Fichter, Richard Stöss, Bodo Zeuner:*

*Gewerkschaften und Rechtsextremismuspunkte*

*Bericht des Forschungsprojekts, gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung und der Otto-Brenner-Stiftung 2003/04, vorgelegt 2005, Berlin*

Eines steht mal ganz zu Anfang fest: Umfragen mit einigermaßen klaren Ergebnissen sind gut für das Geschäft der Praxis. Sie verschaffen uns Aufmerksamkeit, sie verschaffen uns Zustimmung, sie verschaffen uns Unterstützung in unserer Arbeit und im günstigsten Falle verschaffen sie uns Geld.

Das mag Ihnen etwas rotzig klingen, so ganz am Anfang, aber das ist ja immerhin ein Einstieg: Sie sind gut fürs Geschäft. Wir wissen ja schließlich alle aus unserer Arbeit, dass die politische Zuwendung zum Thema „Rechtsextremismus“ nicht etwa von der Existenz des Problems selber, wohl aber von der Berichterstattung über das Problem abhängt; und eben die wird durch Umfragen und ihre wissenschaftlichen Ergebnisse stimuliert. Die Presse würde zum Thema Rechtsextremismus aus ihrer Professionalität eher über Exzesse, über widerlich anmutende Glatzen, Gewalttaten und schreckliche Musik mit ekelhaften Texten berichten – Umfragen und ihre Ergebnisse wie die von Oliver Decker und Elmar Brähler aber lenken das öffentliche und das politische Interesse auf die Normalität, die Alltäglichkeit fremdenfeindlicher, rassistischer und inhumaner Einstellungsmuster, auf die Normalität unserer täglichen Erfahrungen. Das meint im Ergebnis, dass sie uns in der Praxis im allgemeinen nur genauer sagen, was wir bereits seit langem wissen, was aber so lange nicht wirklich interessiert, so lange es nicht zum öffentlich berichteten Skandal wird.

Umfragen sind also gut fürs Geschäft. Das hört sich politk-kritischer an, als es gemeint ist. Wir leben in einer Mediengesellschaft und wir leben in einer Fülle dramatischer Probleme – es ist also auch an uns, das Interesse auf unser Thema zu lenken; wir können und dürfen dafür nicht nur „die Politik“ verantwortlich machen. Es ist auch unser Geschäft, das politische Interesse zu erringen und wachzuhalten und eben dabei helfen uns solche Umfragen und ihre Ergebnisse.

Und sie schaffen Einsicht in die wirkliche Dimension des Problems, sie untermauern unsere Erfahrungen mit Daten, die wir zwar ahnen und die Teil unserer praktischen Wirklichkeit sind, die wir aber ansonsten in ihren Dimensionen nur vermuten können. Für die Details, die Einsichten und die Bestätigungen bedanke ich mich bei denen, die die Umfrage gemacht haben und natürlich auch bei denen, die sie in Auftrag gegeben und wahrscheinlich auch bezahlt haben.

Aber täuschen wir uns nicht – das durch Umfrageergebnisse herbeigeführte öffentliche Interesse hat auch seinen Preis. Je deutlicher und unabweisbarer Umfragen das Problem „Rechtsextremismus“ darstellen, desto nachdrücklicher und intensiver wird die Öffentlichkeit auch Lösungen verlangen. Und je konkreter die Wissenschaft Lösungswege aufzeichnet, desto eher wird die Praxis von der Politik auf eben diese und keine anderen Lösungswege fixiert. Das nennt man dann „Projektförderung“ und das meint Richtlinien, Leitlinien, Anträge, Interessenbekundungs- und Auswahlverfahren, Evaluation und Wertung – oft genug auch Abwertung. Da gibt es keine Rücksicht darauf, ob die anvisierten bzw. vorgeschlagenen Problemlösungen in der Praxis überhaupt so machbar sind, wie sich manche Politikerin und mancher Politiker das vorstellt und die Umfragemacher müssen ihre Lösungsvorschläge ja im allgemeinen auch nicht selbst praktisch erproben. So sollten die Praktikerinnen und Praktiker sich an der Diskussion von Umfragen, ihren Ergebnissen und Folgerungen sehr intensiv beteiligen. Das öffentliche Interesse hat seinen Preis und wenn es unzutreffende oder unzulässige Folgerungen aus Umfragen zieht, dann kann uns das leicht in den Konkurs ziehen. Da hat man ja schon eine Landeszentrale für politische Bildung geschlossen, weil sie angeblich zur Erreichung von Zielen nicht taugte, die vorher niemand definiert hat.

Was also teilen uns Oliver Decker und Elmar Brähler als Konsequenzen, als Maßnahmen, als praktische Lösungsvorschläge mit?

„Der Abschied von einer monokausalen Erklärung eröffnet“ – so die Autoren – den Blick auf die unterschiedlichen politischen Interventionsebenen,“ und damit auf „unterschiedliche Ansätze zur politischen Intervention“.

Und da ergibt sich ein erstes Stichwort: Politische Intervention.

Die Praxis unserer Projekte, seien sie nun solche der politischen Bildung, der institutionellen mobilen Beratung, der Netzwerke oder des Interkulturellen Lernens, des Austausches oder der Begegnung, sie alle setzen sich mehr oder weniger mit politischen Erfahrungswerten der Menschen auseinander, gegen die sich schlecht argumentieren lässt. Es gibt nun einmal Arbeitslosigkeit und Verlufterfahrungen in den sozialen Systemen, es gibt nun einmal berufliche und schulische Demütigungen und Hoffnungslosigkeiten, es gibt nun einmal als ungerecht erlebte Ungleichheitsformen und über alles eine manchmal und in Teilen wirklich niveaulose Presseberichterstattung. Fichter/Stöss/Zeuner haben sehr deutlich herausgearbeitet, dass „die sozio-politischen Orientierungen wesentlich stärker als Ursachen für Rechtsextremismus wirken als sozio-ökonomische Lage und deren Veränderung.“ Und auch Brähler/Decker sind ja in einem Schwerpunkt

der Frage nachgegangen, welche persönlichkeitsbildenden Faktoren den Rechtsextremismus befördern und welche nicht – Familie, soziales Umfeld, Väter. Das bedeutet doch, dass im Ergebnis solche Maßnahmen zu fördern wären, die den Menschen helfen, politische Situationen sachgerecht zu verarbeiten. Die Frage ist, ob sich hier mit politischer Intervention überhaupt etwas machen lässt, denn in einer kontroversen, pluralistischen und Mängel verhaltenden gesellschaftlichen Situation generiert jede politische Intervention von vornherein Verlierer oder mindestens neue Ängste. Es steht also – um das noch einmal zu verdeutlichen, weniger die Frage an, ob und wie man Prekarisierung oder Existenzangst generell vermeiden kann, wie die „Abgrenzung der Vertreter demokratischer Parteien von Rechtsextremen“ gelingt und wie die zukünftige Ausländergesetzgebung kommuniziert wird, sondern „es kommt vielmehr auf die Verarbeitung und Deutung von Erfahrungen und Ängsten an“ (R. Stöss).

Sicherlich muss demokratische Politik lernen, da ist Brähler/ Decker zuzustimmen, sich sprachlich und politisch von den Rechtsextremen abzusetzen und nicht – aus welchem Grunde und mit welcher Begründung auch immer – deren Geschäft zu betreiben. Da wäre vielleicht eine Beratung der Politik angebracht, mit welchen Topoi man in unserer Öffentlichkeit operieren kann und mit welchen nicht. Das Wort vom Wirtschaftsflüchtling und vom Sozialschmarotzer ist da ebensowenig hilfreich wie das Bild vom angeblich „vollen Boot“. Vielleicht gibt es sogar einmal einen Politiker oder eine Politikerin, der/die Bedarf an politischer Bildung verspürt.

Mir wäre es also sehr recht gewesen, wenn unter dem Stichwort der „Inhaltlichen Konfrontation“ die Autoren der Untersuchung hier mehr auf die selber vorgelegten psychischen und erziehungswissenschaftlichen Faktoren eingegangen wären, als auf die Forderung, die den Rechtsextremismus begünstigende Verhältnisse zu ändern. Die Frage, ob Menschen mit Erfahrungen und Ängsten umgehen, arbeiten können, ohne autoritäre, gewaltträchtige, menschenfeindliche, eben rechtsextreme Haltungen zu entwickeln, diese Frage ist – so meine ich – die zentrale und die wichtigste politische Intervention wäre es, solche Bildungsvorhaben zu stützen, zu unterstützen und zu fördern, die eben diese Kompetenz im Mittelpunkt haben. Ich meine, dass die Programme Entimon, Civitas und Xenos eben diese Ausrichtung ansatzweise hatten und ich bin sehr gespannt, ob die zukünftige Ausrichtung auf die LAP in ähnlicher Weise funktioniert.

Ich bleibe mit dem zweiten Stichwort bei der „inhaltlichen Konfrontation“, die nach den Ausführungen von Decker und Brähler weg muss von der „Präsenz von Polizei, Verboten, Repression, Hausordnungen etc.“ und die sich als „politische Handlung von einer ordnungspolitischen zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung entwickeln“ muss.

Einmal abgesehen davon, dass den Autoren hier wieder der auch sonst so oft zu beobachtende Fehler unterläuft, eben doch die kriminelle rechtsextreme Szene mit der „Mitte der Gesellschaft“ gleichzusetzen – der konservativ-bürgerliche Ehrenmann, der ausländerfeindlich denkt und auch Probleme mit Juden hat, ist von der Ordnungspolitik in keiner Weise bedroht – einmal abgesehen davon, denke ich schon, dass wir auch Repression gegen den Rechtsextremismus in seiner offen-

nackten Form brauchen und ich weise bei dieser Gelegenheit darauf hin, dass es auch eine polizeiliche, eine staatsanwaltliche und eine justizielle Praxis gegen den Rechtsextremismus gibt. Aber das ist nicht das, was zur inhaltlichen Frage zu sagen ist.

Es geht um den Charakter der „inhaltlichen Auseinandersetzung“. Und da empfehlen Decker und Brähler die „direkte Konfrontation von demokratischen Inhalten mit rechtsextremen Inhalten“. Da habe ich – ehrlich gesagt – ein paar Probleme und die habe ich vor allem vor dem Hintergrund der Umfrage selbst.

Um nur ein Beispiel herauszugreifen: 35% derer, die mehr als 63 Rechtsextremismuspunkte erworben haben, wählen CDU, und immerhin 34,4% in dieser Gruppe wählen die SPD. Das sind zusammen fast 70% der Befragten. Wenn man deren „rechtsextreme“ Meinung mit demokratischen Inhalten direkt konfrontiert, kommt schlicht keine Kommunikation zustande. Überhaupt werden wir mit einer konfrontativen Vorgehensweise in der politischen Bildung keinen nachhaltigen Erfolg haben. Und die Gruppen, mit denen wir es im Normalfalle zu tun haben – Jugendliche oder Erwachsene gleichermaßen – sind im allgemeinen auch noch gemischte Gruppen. Mit konfrontativen Methoden würden wir hier nur Ausgrenzung erreichen oder, wahrscheinlicher, Mimikry-Verhalten bei unserer Teilnehmerschaft.

Es gibt Gruppen, wie in unserem Knastprojekt, die durchweg offen rassistisch, autoritär und gewaltbejahend sind, aber selbst da hat sich die konfrontative Methode nicht bewährt. Der Grund dafür liegt darin, dass aller Umgang in der politischen Bildung – in der Pädagogik überhaupt – die gegenseitige Wertschätzung zur Vorbedingung hat. Und das bezieht sich auf Menschen mit rechtsextremen Weltbildern genauso, wie auf Menschen mit demokratischen und toleranten Weltbildern. Ohne Wertschätzung kommt keine Kommunikation zustande und ohne Kommunikation keine Bildung. Und ich füge dem noch ein weiteres hinzu: Gerade weil diese Menschen mit ihren hohen Punktzahlen auf der Rechtsextremismusskala auch Wähler demokratischer Parteien, Gewerkschafter, gläubige Christen oder auf Fairness getrimmte Volleyballer sind, wäre doch die Frage zu stellen, welche sonstige Weltbilder, Meinungen und Vorstellungen sie mit sich herumtragen, wie sie die Widersprüchlichkeiten bearbeiten, die damit verbunden sind und wie wirkmächtig die unterschiedlichen Weltbilder jeweils sind. Das sind übrigens Fragen, die auch nach der Umfrage offen bleiben, Fragen aber, auf die wir Antworten bräuchten, wenn wir in der politischen Bildung den Zielgruppen unserer Projekte gerecht werden wollen. Gerade diese anderen Weltbilder sind ja doch die Andock-Stellen, an denen wir Bildungsmaßnahmen ansetzen können. Nein, ich halte wenig von konfrontativen Methoden in diesem Feld und das, was mir an Erfahrung vorliegt, untermauert meine Auffassung.

Das dritte und letzte Stichwort, das ich hier noch kurz anreißen will, betrifft „Bildung, Bildung, Bildung“ oder das, was die Autoren uns hierzu sagen. Da habe ich nämlich jede Menge Probleme.

„...Demokratie erlernen, ist primär Erfahrungslernen: Erfährt man, dass man etwas ändern kann, glaubt man an Demokratie; erfährt man das Gegenteil, nützt auch die politische Bildung wenig“ Dann wären Leute mit rechtsextremen Meinungen aber doch dazu verdammt, nicht an Demokratie zu glauben, denn noch können sie ja nichts verändern und die politische Bildung müsste vor ihnen resignieren. Aber dann weiter: „Eine Demokratisierung der Bildungsinstitutionen ist deshalb zwingende Voraussetzung für die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Inhalten und Einstellungen“. Ich fürchte, wir können mit der „Auseinandersetzung mit rechtsextremen Inhalten und Einstellungen“ nicht so lange warten, bis unsere Bildungsinstitutionen demokratisiert sind. Unser Problem besteht eben darin, dass wir die Auseinandersetzung zu einem Zeitpunkt und unter äußeren Gegebenheiten führen müssen, die nicht gut, die nicht günstig, die nicht in allen Teilen demokratisch sind.

Was hier etwas kurzschlüssig herüberkommt, setzt sich dann im weiteren Verlauf der Darstellung fort: „Das nur unzureichend ausgebaute Betreuungsangebot für Kinder (...) kann nicht nur mit Blick auf die Entlastung erwerbsfähiger Eltern legitimiert werden. Auch der Ausgleich familiärer Defizite, die Aufnahme von demokratischen Erziehungsinhalten und –stilen kann dies begründen“.

Daran knüpft sich eine Frage, die ich als Sohn einer Kindergärtnerin, als Vater von fünf Kindern, als ehemaliger Hauptschullehrer und als aufmerksamer Beobachter der Schule seit mehr als 40 Jahren stelle: Haben die, die das schreiben, bei den Probanden ihrer Umfrage ermittelt, wie viele davon in Kindergärten und Horten waren? Und gibt es Indizien dafür, dass dort „familiäre Defizite“ ausgeglichen werden?

Die ganze Umfrage stellt ja ohnehin nicht die Frage nach den Gewalterfahrungen unter Kindern und Jugendlichen, sie fragt auch nicht nach gewaltfördernden Strukturen in unseren Bildungs- und Betreuungseinrichtungen. Und deshalb scheint mir das alles ein bisschen familienfeindlich und schuloptimistisch, aber nicht wirklich realistisch zu sein.

Es mag sein, dass ein guter Lehrer/ eine gute Lehrerin die Konsequenzen einer lieblosen, defizitären Erziehung in gewissem Maße kompensieren kann. Wobei es nicht meine Erfahrung ist, dass LehrerInnen hierin ihre vorrangige Aufgabe sehen. Aber eine seelenlose und auf Selektion orientierte Bildungsinstitution, eine ausgebrannte Lehrerschaft, eine entsprechend strukturierte Peer-Group kann auch das Ergebnis einer liebevollen Erziehung vernichten. So einfach ist das alles nicht, wie das hier dargestellt wird und jedem der das „vorurteilsreduzierende Modell des kooperativen Lernens“ nach Johnson und Johnson – oder andere Modelle, die auch hätten erwähnt werden können - schon einmal ausprobiert hat, wird wissen, dass es in der Realität unserer Bildungssysteme nur in Ausnahmefällen funktionieren kann.

Was also bleibt?

Man kann auch in der Welt, in der wir leben, in den Institutionen, die wir haben und mit Menschen, die rechtsextreme Meinungen, Weltbilder und Grundhaltungen aufweisen, politische Bildung betreiben,

solche Haltungen und Meinungen ändern und der Demokratie ein Stück näher kommen. Und man muss auch nicht warten, bis die Bildungsorganisationen demokratisiert sind, die Arbeitslosigkeit beseitigt ist und die Politiker den richtigen Umgang mit den Rechtsextremisten gelernt haben.

Natürlich soll eine Politik gemacht werden, die den Rechtsextremisten nicht in die Hände spielt, natürlich sollen Bildungsinstitutionen demokratisiert werden, natürlich soll es Maßnahmen geben, in denen Kindern und Jugendlichen eine bestmögliche Zukunft finden. Aber all das wird uns nicht von der Verpflichtung entbinden, mit denen zu arbeiten, die sich mit rechtsextremistischen Weltbildern gegen ihre Wirklichkeiten zu wehren versuchen. Das sind wir nicht nur diesen Menschen schuldig sondern auch unserer beruflichen Praxis.

Dass dies nur in wertschätzender und kommunikativer Weise geschehen kann, erwähnte ich bereits, füge dem aber noch hinzu, dass das eigentliche Thema der Auseinandersetzung nicht der Rechtsextremismus sein kann. Wir sollten nicht der Versuchung erliegen, den Leuchterreport zu widerlegen oder einen Menschen mit Fremdenhass zum Multi-Kulti-Fan zu machen. Wir brauchen ein gemeinsames Anliegen und dieses müssen wir vor dem Hintergrund unterschiedlicher Weltbilder diskutieren.

Das Anliegen und damit das Metathema der Auseinandersetzung heißt „Zukunft“ und das wäre ein eigenes Referat wert.

Vielen Dank